

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2025/0619

Verantwortlich: **Dez. 4**

Dienststelle: **Stadtkämmerei**

Antrag auf Durchführung einer Einwohnerversammlung zum Doppelhaushalt 2026/2027

Antrag: Die Linke

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	29.07.2025	31	Ö	Kenntnisnahme

Kurzfassung

Die Verwaltung bereitet ein Verfahren der direkten Information und Diskussion der Bürgerschaft zu den Haushaltsberatungen vor und teilt dies zeitnah mit. Dies kann auch eine Bürgerversammlung beinhalten.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Erläuterungen

Im Kern zielt der Antrag darauf, über eine Einwohnerversammlung die Einwohnerschaft über die Haushaltssicherungsmaßnahmen frühzeitig und transparent zu informieren. Darüber hinaus sollen Anregungen der Einwohnerschaft entgegengenommen werden. Weitergehend wird vorgeschlagen, dass sich die Einwohner*innen in den Prozess aktiv einbringen können. Sie können Empfehlungen abgeben, ihren Willen bekunden sowie Vorschläge und Anregungen geben. Die Zuständigkeit für die Beschlussfassung über den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung liegt jedoch alleinig beim Gemeinderat.

Im Rahmen des Haushaltssicherungsverfahrens wurde ein Kommunikationskonzept erarbeitet und laufend fortgeschrieben, in dem auch die Informationsnotwendigkeit gegenüber der Einwohnerschaft berücksichtigt ist. Kernpunkte des Konzepts sind die in den letzten Jahren in diesem Bereich etablierten Kommunikationskanäle und -formate für verschiedene Zielgruppen. Die Maßnahmen umfassen in der externen Kommunikation unter anderem Pressekonferenzen, Hintergrundgespräche, Erklärfilme und laufend aktualisierte Informationsmaterialien auf der Webseite der Stadt Karlsruhe. Hierdurch wird transparente Kommunikation gegenüber der Einwohnerschaft sichergestellt. Für eine Einschätzung der aktuellen Haushaltslage dient auch insbesondere die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs in den Gemeinderat durch Reden des Oberbürgermeisters und der Ersten Bürgermeisterin sowie im Rahmen der Haushaltsreden der Fraktionen und Einzelstadträte. Zusätzlich haben die Einwohner die Möglichkeit Anträge zum Haushaltsplanentwurf der Verwaltung einzureichen.

Die Verwaltung bereitet ein Verfahren der direkten Information und Diskussion der Bürgerschaft zu den Haushaltsberatungen vor und teilt dies zeitnah mit. Dies kann auch eine Bürgerversammlung beinhalten.